

RATHAUSREPORT

„Unwürdiges Machtspiel“ schwächt öffentliches Recht

Rathauskooperation verweigert Festhalten am B-Plan Pfingstberg

Ein Bühnenstück mit Erinnerungswert bot die Stadtverordnetenversammlung beim Tagesordnungspunkt 8.23 „Öffentlichen Zugang am Pfingstberg sichern“, einem Antrag der LINKEN – Komödie oder Tragödie – was aufgeführt wurde, hatte kein Drehbuch, sondern entwickelte sich spontan, gespeist aus den politischen Hintergründen der Akteure.

Die für alle geltende Ausgangstatsache: Eine der vielen Villen in Potsdam, in vortrefflicher Lage mit großem Garten am Pfingstberg, wird von der Schlösserstiftung an einen Privatmann verkauft. Der verpflichtet sich, auch die umliegende Parkanlage samt der anderen maroden Villa Schlieffen denkmalgerecht wieder herzurichten und zäunt alles ein. Die Anwohner, ihres beliebten Parks beraubt, protestieren, zumal sich schnell herausstellt, dass ein städtischer Bebauungsplan hier eine öffentliche Grünfläche ausweist. Allerdings: der Privatmann ist Herr Döpfner, dem man in der Stadt schon wegen vielfältigen Engagements dankbar ist. Und die Stadt Stiftung sieht sich absehbar nicht in der Lage, den Park am Pfingstberg denkmalgerecht wieder herzurichten.

Alle Fraktionen schienen einig: Der B-Plan ist die gesetzliche Grundlage, die öffentliche Zugänglichkeit zu verlangen. Es gibt Verhandlungen, denn die Schlösserstiftung hatte Zusagen gemacht über Dinge, die ihr nicht zustanden. Ein Kompromiss wird nicht gefunden, die Stadt zieht sich auf die Festlegungen des B-Planes zurück, die Rechtssicherheit geben. Damit ist der Zaun aber noch nicht weg, er wird vorübergehend als Baustellensicherung gewertet. Die Bürger geben keine Ruhe, eine Bürgerinitiative bildet sich, der Streit wird öffentlich geführt. Im November 2014 wird ein Antrag der LINKEN in Den Hauptausschuss überwiesen, mit dem die öffentliche Zugänglichkeit der Parkanlagen der Villen Henckel und Schlieffen dauerhaft gesichert und die Vorgaben des B-Planes durchgesetzt werden soll. Der Oberbürgermeister setzt daraufhin ein Verwaltungsverfahren in Gang. Er informiert schließlich den Hauptausschuss, dass ein Spitzengespräch keine Lösung brachte, denn die Gegenseite lehnte „eine



näher an den Festsetzungen des Bebauungsplanes angelehnte Variante der Zwischeneinfriedung“ ab. „Da die Stiftung sich nicht in der Lage sieht, die öffentliche Parkanlage so instand zu setzen, dass eine öffentliche Zugänglichkeit wieder ermöglicht wird“, hatte er der Stiftung und dem Hauptausschuss vorgeschlagen, dass die Stadt in einem ersten Schritt die Verkehrssicherungspflicht für die lt. Bebauungsplan öffentliche Fläche übernehmen könne und es langfristig auch vorstellbar wäre, dass die Landeshauptstadt die Fläche in ihr Eigentum übernimmt und sie dann denkmalpflegerisch entwickelt.

So war der Antrag der Linksfraktion im Tagesordnungspunkt 8.23 logisch: „Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich dagegen aus, durch eine Änderung des B-Planes große Teile der Fläche am Pfingstberg dem öffentlichen Zugang zu entziehen, indem sie dem Grundstück der Villa Henckel zugeschlagen wird. Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, die Gespräche zu einem entsprechenden Kompromiss mit Herrn Döpfner nicht weiter zu führen. Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die Stadt die Pflege der im B-Plan vorgesehenen öffentlichen Grünflächen übernimmt

Fortsetzung auf Seite 4

Mit auf den Weg ...

Liebe Potsdamerinnen und Potsdamer,

die Linksfraktion gestaltete die komplette Fragestunde allein, da die anderen Fraktionen offensichtlich keine Fragen hatten. Die Diskussion um die acht neuen Anträge der Linken war sehr aufschlussreich. Skandalös



verhielt sich die Rathauskooperation gegenüber unserem Antrag zum Pfingstberg, mit dem wir die vom Oberbürgermeister vorgetragene Position zu einer verbindlichen Grundlage für die weitere Auseinandersetzung um die Durchsetzung des Bebauungsplanes Neuer Garten machen wollten. Dass die SPD gemeinsam mit ihren Bündnispartnern diesen Antrag und damit die Auffassung ihres Oberbürgermeisters komplett ablehnen wollte, spricht Bände.

Offensichtlich wollten der SPD-Fraktionsvorsitzende und sein Adlatus den starken Mann spielen und in Abwesenheit des OB zeigen, wer hier das Sagen hat. Es war der intensiven Diskussion zu verdanken, dass dann nur die von uns gewollte klare Positionierung gegen eine B-Planänderung abgelehnt wurde. Einen Tag später äußerte der Oberbürgermeister in einer SPD-Veranstaltung, dass mit ihm eine B-Planänderung nicht zu machen ist. Warum hatte seine Fraktion genau das einen Tag zuvor abgelehnt? Wir setzen uns jedenfalls konsequent dafür ein, dass die Fläche am Pfingstberg möglichst bald wieder frei zugänglich ist und nicht in großen Teilen privatisiert wird. Gerade in Potsdam muss man sehr darauf achten, dass nicht alles käuflich wird.

*Ihr
Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg*

Mit Ausdauer fürs Bürgerwohl

Seit mehr als 21 Jahren vertrete ich Bürgerinteressen von Potsdamern. Im April habe ich persönlich im Landesministe-



rium für Infrastruktur und Landesplanung vorgesprochen, um endlich um einen Wagen verlängerte Züge des RE 1 und Taktverdichtungen für Fahrgäste in Charlottenhof, Sanssouci und Golm auszuhandeln. Nun werden meine Vorschläge geprüft. Etliche Tage ringe ich in der „Lustgartenwerkstatt“ um pragmatische Lösungen für Weiße Flotte, Schausteller und Erhalt des Hotels Mercure. Ich will einen verbesserten Zentrumsbereich für die Bürger mit Volksfesten und Märkten erzielen und keinen barocken Zirkelgarten neben der Breiten Straße. Mir macht es Freude, wichtige Fragen im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr zu moderieren und zu gestalten. Dabei kann man von mir immer konkrete Sachvorschläge erwarten und dies nicht nur bei der Rettung von Kleingärten und der sinnvollen Gestaltung der Zeppelinstraße.

Einige Aufregung hat mein Engagement mit der Gründung der überparteilichen Bürgerinitiative pro Havelspange/Westtangente hervorgerufen. Ich greife hier langjährige Ziele aus der Bürgerschaft der westlichen und nördlichen Ortsteile auf, um eine wirksame Entlastung der innerstädtischen Straßen zu ermöglichen. Ich danke allen Unterstützern in der LINKEN und der Bürgerschaft. Mehr als 450 Bürger haben bereits unterzeichnet! Ich meine, Potsdam muss nachhaltig zukunftsfähig werden, und da braucht es Engagement über den Tag hinaus.

Dipl.-Ing. Ralf Jäkel
Vorsitzender im Ausschuss Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr,
Mitglied im Ausschuss Klima,
Ordnung, Umwelt und ländliche
Entwicklung

Verkehrsführung Neuendorfer Str.

Nach der Sanierung des 1. Bauabschnitts der Neuendorfer Straße hatten Bürger in einer Versammlung zahlreiche Kritiken und Vorschläge vorgebracht, nur eine wurde danach umgesetzt. In einem Antrag hat DIE LINKE alle unterbreiteten Vorschläge aufgeführt, die geprüft werden sollen. Unter anderem auch die Forderung, die Fahrradwegmarkierungen wieder zu entfernen, wenn ein separater Fahrradweg vorhanden ist. Während dieser Antrag in den Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr überwiesen wurde, hatte die LINKE erfolgreich einen Ergänzungsantrag zu dem Antrag für den 2. Bauabschnitt eingebracht, in dem der separate Fahrradweg ebenso festgeschrieben wird, wie eine öffentliche Informationsveranstaltung vor Ort über die geplanten Maßnahmen und zwar vor deren Beginn.

Schnellere Sanierung der Rosa-Luxemburg-Schule

Allein zwölf Fragen waren zur Bürgerfragestunde eingereicht worden, die sich mit der sich schon über sechs Jahre hinziehenden Sanierung der Rosa-Luxemburg-Schule beschäftigten. Gesine Dannenberg begründete den Antrag der LINKEN, die Sanierung zu beschleunigen, die sich noch bis mindestens 2018 erstrecken soll. Es gebe mittlerweile Kinder, die ihre gesamte Grundschulzeit nur auf einer Baustelle verbringen, sagte sie. Im kommenden Schuljahr sollen über 100 Kinder eingeschult werden, die Schule vierzünftig eingerichtet sein. Es gebe Sicherheitsprobleme durch die Bauarbeiten, keine verlässliche Zeitschiene und keine verbindliche Informationen der Eltern. Bis zum September sollte den Stadtverordneten eine überarbeitete Zeitschiene vorgelegt werden. Der Antrag wurde in den Ausschuss für Bildung und Sport sowie den Werksausschuss des KIS überwiesen.

Bürgerservice

Der Bürgerservice, ansonsten „Flaggschiff“ der Bürgerkommune Potsdam, ist verändert worden, so dass die bis

zum 11. April praktizierte Regelung, dass man eine Nummer ziehen und auf seine Abfertigung warten konnte, eingestellt worden ist. Nun müsse man sich vorab anmelden. Sascha Krämer hatte Beschwerden aufgenommen und den Antrag begründet, dass man wieder zu der bewährten Praxis zurückkommen soll.

Elona Müller-Preinesberger verteidigte die Praxis der Anmeldungen, die Bürgerinnen und Bürger hätten dann weniger Wartezeiten. Die Möglichkeit, auch ohne Voranmeldung „abgefertigt“ zu werden, gäbe es weiter. Die Umstellung sei aber schlecht kommuniziert worden, räumte sie ein. Der Antrag wurde in den Ausschuss für Klima, Ordnung, Umwelt und ländliche Entwicklung sowie in den Migrantinnenbeirat überwiesen.

Sportgeräte im öffentlichen Raum

Sportgeräte, die für generationsübergreifende Bedürfnisse geeignet sind, sollten an weiteren öffentlichen Orten, vornehmlich auf vorhandenen Spielplätzen errichtet werden. Der Seniorenbeirat sei dabei einzubeziehen. Trainingsgeräte im öffentlichen Raum hätten eine generationsübergreifende soziale Komponente, begründete Sascha Krämer den Antrag. Der Antrag wurde in den Ausschuss für Bildung und Sport sowie in den Ausschuss Gesundheit und Soziales überwiesen.

Bearbeitungszeit für Anträge auf Fällgenehmigung

Das jüngste Beispiel der Fällung einer als Naturdenkmal ausgewiesenen Eiche im Bornstedter Feldzeige, dass die Bearbeitungszeit von Fällgenehmigungen verkürzt werden müsse. In dem Beispiel war ein Antrag nach langer Bearbeitungszeit noch nicht entschieden, der Baum aber trotzdem gefällt worden. Die Bearbeitungszeit von Anträgen auf Fällgenehmigungen sei auf vier Wochen zu verkürzen, sagte Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg bei der Antragsbegründung. Der Oberbürgermeister soll im Dezember 2015 informieren. Der Antrag wurde in den Ausschuss für Klima, Ordnung, Umwelt und ländliche Entwicklung überwiesen.

Abgelehnt

Verwendung von Mitteln aus dem Bildungs- und Teilhabepaket

Für den Umgang mit den im Jahr 2012 nicht verausgabten Mitteln aus dem Bildungs- und Teilhabepaket von 800.000 Euro hatte die SVV schon am 6.11.2013 beschlossen, darüber zu entscheiden, wenn der Bund sich dazu äußert, ob die Mittel in den Kommunen bleiben oder abgeführt werden müssen. Das sei nach Klagen auch des Landes Brandenburg kürzlich entschieden worden, erläuterte Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg. Daher gebe es nun die Möglichkeit, den Anspruch sozial benachteiligter Schülerinnen und Schüler auf kostenloses Schulessen einzuführen. Das Geld würde für etwa vier Jahre reichen. Elona Müller-Preinesberger erklärte dazu, dass es sich sogar um eine höhere Summe von Rund 1 Million Euro (einschl. Zinsen) handele. Sie wurden als „periodenfremder

Ertrag“ im Haushalt verbucht und würden zur „Risikoabsicherung“ gebraucht.

Der Antrag wurde abgelehnt.

Information durch Oberbürgermeister

In einem Antrag fordert die LINKE den Oberbürgermeister auf, alle Fraktionen der SVV frühzeitig, gleichzeitig und gleichberechtigt über wichtige Entwicklungen und Vorhaben zu informieren. Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg bekräftigte diese in der Brandenburgischen Kommunalverfassung, Paragraph 54 Absatz 2, festgeschriebene Pflicht. Seitdem es diese Rathauskooperation gibt, werde ständig dagegen verstoßen.

Die Rathauskooperation habe sich immer mehr in Richtung einer politischen Kumpanei entwickelt. Es gebe kein freies Spiel der Kräfte mehr. Der Antrag wurde, wie zu erwarten, abgelehnt.

Gitter im Potsdam Museum

Das bei der Sanierung eingebaute Gitter als Treppengeländer im Potsdam Museum war heftig kritisiert worden, weil es die Aussicht auf den Alten Markt stört. Die Stadtverordneten hatten daher schon 2014 beschlossen, dass es entfernt wird. Dr. Karin Schröter fragte, wie der Stand ist.

Dr. Iris Jana Magdowski versicherte, dass es weiterhin wichtiges Anliegen der Verwaltung sei, das Problem mit dem Treppengeländer zu lösen. Da dies aber relativ viel Geld koste, versuche man derzeit, dafür private Mäzene zu gewinnen. Wenn das nicht gelinge, würden die Kosten vom Kommunalen Immobilienservice auf die Miete aufgeschlagen.

„Die Raben“ in Waldstadt II

Wann die Plastik „Die Raben“ von Rudolf Böhm, die vor Beginn der Bauarbeiten für Wohnungen und den Kaiser's -Markt abgebaut wurde, wieder aufgestellt wird, wollte Dr. Karin Schröter wissen. Dr. Iris Jana Magdowski bestätigte, dass die Plastik im April 2013 fachgerecht abgebaut und eingelagert wurde. Sie werde kurzfristig dort, wohl schon im nächsten Monat dort wieder aufgebaut. Mit dem Künstler sei bereits der genaue Standort bestimmt worden, da das ursprüngliche Fundament abgerissen worden ist.

Würdigung des Ehrenamtes

Bei der Veranstaltung zur Würdigung des Ehrenamtes am 9. September 2014 seien Einladungen verschickt worden, aber auch Ausladungen ausgesprochen worden. Wie ist es dazu gekommen, fragte Jana Schulze.

Burghard Exner begründete dies mit dem „unheimlichen Zuspruch“. Für die Veranstaltung in der Schinkelhalle seien Einladungen verschickt worden mit der Aufforderung zur Teilnahmemeldung. Da diese über die Kapazität von 450 Plätzen hinausging, konnten nicht alle berücksichtigt werden. Daher gab es eine weitere Veranstaltung am 5. Dezember sowie die Anerkennung mit je zwei Gutscheinen für einen Besuch des Hans-Otto-Theaters nach freier Wahl.

Ehrenamtliche Patientenfürsprecher/innen

Wie viele ehrenamtlich tätige Patientenfürsprecher/innen sind im Klinikum Ernst von Bergmann im Einsatz, wollte Jana Schulze erfahren.

Elona Müller-Preinesberger führte aus, dass es im Klinikum lt. Brandenburgischem Krankenhausgesetz eine unabhängige Patientenbeschwerdestelle gebe. Diese sei seit dem 19. Dezember 2014 neu besetzt worden. Auf die Nachfrage, ob eine Stelle ausreiche, antwortete sie, dass dies dafür spreche, dass es nicht so viele Beschwerden gebe.

Parkraumkonzept Drewitz

Einen Termin für die Umsetzung des Parkraumkonzeptes für den nördlichen Teil der Gartenstadt Drewitz wollte

Jana Schulze erfahren, denn Bewohner besonders in der Hans-Albers-Straße warteten schon lange darauf. Matthias Klipp teilte mit, dass die Erarbeitung in enger Abstimmung mit der Pro Potsdam und der Bürgervertretung geschieht. Es gebe unter den Anwohnern aber auch unterschiedliche Interessen, die bei der Bürgerbeteiligung geäußert wurden. Noch im Juni werde das Parkraumbewirtschaftungskonzept an die Pro Potsdam übergeben. Auf Nachfrage von Jana Schulze nach den bisherigen Widersprüchen sagte er, dass es bei den Widersprüchen an den Begründungen mangelt. Jede bessere Idee sei willkommen, aber bitte mit Begründungen, so Klipp.

Gespräche zum „Minsk“

Seit Anfang des Jahres führt der Oberbürgermeister Gespräche mit dem Landessportbund, der das ehemalige Terrassenrestaurant erwerben, sanieren und als Kita ausbauen möchte. Nach dem Stand der Gespräche fragte Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg nicht zum ersten Mal. Elona Müller-Preinesberger informierte, dass es konstruktive Gespräche gebe, die aber noch nicht zum Abschluss gekommen sind. Auf Nachfrage erklärte sie, sie seien auf einem guten Weg, es gehe nur noch um Feinabstimmungen, die noch vor der Sommerpause abgeschlossen werden sollen.

Radweg Schlaatz-Stern

Ebenfalls ein Projekt, bei dem Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg nicht loslässt: Der Bau des Radweges zwischen Schlaatz und Stern sei trotz mehrerer Beschlüsse der



Stadtverordnetenversammlung und klarer Bürgervoten im Bürgerhaushalt noch nicht begonnen worden. Wann ist damit zu rechnen? Matthias Klipp erklärte, dass der Weg einst als Wartungsweg für die Fernwärmetrasse gebaut und, wie damals üblich, einfach über private Grundstücke geführt worden ist. Nun müsste aber die Stadt die Grundstücke erwerben. Zurzeit fehlen noch zwei Grundstücke. Die „Einsammlung der Grundstücke“ werde in Kürze abgeschlossen. „Wir streben den Bau und die Fertigstellung 2016 an“, denn der Radweg sei sehr wichtig für die Gartenstadt Drewitz.

Uferweg am Wasserwerk

Der Uferweg am Wasserwerk, zwischen Herrmannswerder und Speicherstadt, ist grundsätzlich beschlossen. Bisher scheiterte das Vorhaben aber an der Förderung durch das Land nach den Beauftragungen für das Trinkwasserschutzgebiet, nach denen die EWP die Genehmigung versagt hat. Durch die Relativierung der Beauftragungen ist nun der Bau möglich, wann kann mit dem Bau begonnen werden, fragte Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg. Matthias Klipp sagte zu, die Förderung vom Land noch in diesem Jahr zu beantragen. Möglich sei zum Beispiel, den Uferweg im Stadt-Umland-Wettbewerb zusammen mit der Gemeinde Caputh zu beantragen. Es müsse nach den Richtlinien für die Trinkwasserschutzzone geplant werden und dabei seien Höchstgrenzen für die Fördermittel zu berücksichtigen. Das sei aber prinzipiell möglich, da die hohen Sicherheitsanforderungen gesenkt worden sind und sich damit die Kosten verringern. Es könne im nächsten Jahr mit dem Bau begonnen werden.

Vermittlungsgutscheine Jobcenter Potsdam

Jana Schulze hatte eine Beschwerde von Arbeitslosen aufgenommen. Sie fragte: Warum werden derzeit durch das Jobcenter Aktivierungs-, Vermittlungs- und Bildungsgutscheine nur unter Vorbehalt ausgegeben? Elona Müller-Preinesberger informierte, dass zurzeit in allen Jobcentern Revisionen durchgeführt werden. Dies sei normal und habe keinen besonderen Anlass. Sie sagte zu, im nächsten Gesundheits- und Sozialausschuss eingehender zu informieren.

Fahrradparkhaus am Hauptbahnhof

Da ab Juni am Hauptbahnhof ein Fahrradparkhaus mit 550 Plätzen gebaut wird, fragte Sascha Krämer, ob daran gedacht worden ist, eine Aufladestation für E-Bikes zu integrieren. Matthias Klipp teilte mit, dass in dem Fahrradparkhaus 18 Ladeschränke vorgesehen sind, in denen alle handelsüblichen Akkus diebstahlsicher aufgeladen werden können. Bei Bedarf können die Schränke auch nachgerüstet werden.

Beschlossen

Änderung des Gesellschaftsvertrages

Nach der Überweisung in den Hauptausschuss war der Antrag der LINKEN, den Gesellschaftsvertrag für die Pro Potsdam GmbH auch auf die Klinikum Ernst von Bergmann Potsdam gGmbH ausgedehnt werden und wurde durch die SVV beschlossen. Für beide städtische Unternehmen gilt jetzt, dass Bestellung und Abberufung sowie Abschluss, Änderung, Aufhebung und Kündigung der Anstellungsverträge der Geschäftsführerinnen einer vorherigen Empfehlung durch den Aufsichtsrat bedürfen.



Sitzungen der Fraktion DIE LINKE in der Stadtverordnetenversammlung Potsdam

Stadthaus, Raum 3.107; Beginn jeweils 18 Uhr

15.; 22. Und 29. Juni 2015; 06. Juli 2015

12. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung Potsdam

Stadthaus, Plenarsaal

01. Juli 2015, Beginn 15 Uhr

Frühshoppen Rathausreport Live

05. Juli 2015, Beginn 10 Uhr

Bürgertreff Eiche, Kaiser-Friedrich-Straße 106,

14469 Potsdam/ Ortsteil Eiche

Ausgabe „Rathausreport“ Nummer 6/2015

Stadthaus, Raum 3.107, 10. bis 15. Juli 2015 (außer Sa. und So.)

Info- Stände in den Stadtteilen

10. und 11. Juli 2015

Mit der Ausgabe des „Rathausreport“ und Informationen zu den Ergebnissen der 12. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 01. Juli 2015

Bürgersprechstunde Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg (Mdl) und Fraktionsvorsitzender

Am 17. Juni 2015; ab 17 Uhr

im Bürgerbüro, Galileistraße 37/39 (Bürgerhaus Stern*Zeichen)

Voranmeldungen sind möglich unter: Tel.: 0331/6005069

Mail: buero.scharfenberg@gmx.de

Gute Nachrichten für Waldstadt

Der Bürgertreff der Bürgerinitiative Waldstadt war genau der richtige Ort für den Rathausreport Live nach der 11. Stadtverordnetenversammlung, denn mehrere Tagesordnungspunkte gingen die Waldstadtbewohner direkt an.

Da war der Garagenstandort „Unter den Eichen“, um den sich DIE LINKE schon mehrfach gekümmert hatte, zuletzt setzte sie sich dafür ein, dass die 220 Garageneigentümer die Fläche von der Stadt kaufen können. Das wurde dann aber nichts, weil man sich mit der Stadt nicht einigen konnte, wer für die Beseitigung der Altlasten einer Deponie aufkommen sollte. Dafür gibt es nun einen Pachtvertrag bis 2030, wie der Sprecher der Garagengemeinschaft Reinhold Fiedler informierte. Nur wenige Stunde nach dem abschließenden Gespräch hatte der Garagenstandort auf der Ta-



gesordnung der SVV gestanden. Die Fraktion Bürgerbündnis-FDP wollte ihn für den Wohnungsbau vorschlagen, für dringend benötigte Unterkünfte für Flüchtlinge. Das Ansinnen war jedoch strikt von der Mehrheit abgelehnt worden.

Der Fraktionsvorsitzende Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg konnte weiter berichten, dass der Kaiser's-Markt am 26. Juni eröffnet wird. Auch die Plastik „Die Raben“ wird wieder an

ihrem alten Platz aufgestellt. Für die Kaufhalle am Bisamkiez ist eine Bauvoranfrage gestellt worden, in der Wohnungsbau mit kleinem Einzelhandel geplant wird.

Die Frage nach der Entwicklung des Standortes der ehemaligen Gaststätte „Zum Kahleberg“ nahm Scharfenberg mit und sagte auch eine Informationsveranstaltung zur vorgesehenen Entwicklung des Wohngebietes Waldstadt III zu.

Fortsetzung von Seite 1

und die öffentliche Zugänglichkeit kurzfristig wieder hergestellt wird. Die Anwohnerinnen und Anwohner sind unmittelbar in geeigneter Weise in die Entwicklung einzubeziehen. Die Landesregierung wird gebeten, sich im Stiftungsrat der Schlösserstiftung dafür einzusetzen, dass die Landeshauptstadt diese Fläche kostenlos übertragen bekommt. Der Hauptausschuss ist monatlich über die Ergebnisse zu informieren.“ Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg hatte den Antrag eingebracht, nachdem Betroffene aus zwei Initiativen gesprochen hatten. Marilyn Schröder von der Pfingstberg Initiative führte die Rechtsverstöße an, nach denen jetzt der Eindruck erweckt werde, es könne nur Kompromisse geben. Aber: öffentliches Recht geht vor Privatrecht, mahnte sie.

Wenn auch die Angebote der Stadt, sich im Rahmen des Bauplanes anzunähern, von der Gegenseite abgelehnt wurden – sprechen müsste man aber weiter miteinander, so die überwiegende Meinung, die sich ziemlich schnell durchgesetzt hatte, woraufhin nach einer Pause die LINKE einen um die Punkte „Abbruch der Gespräche und möglichen kostenlosen Erwerb der Fläche“ reduzierten Antrag vorlegte. Und dann begann das Spektakel: Die Rathauskooperation wollte auch den ersten Satz, der sich gegen eine Änderung des B-Planes wendet, aus dem

Antrag streichen. In einer emotional aufgeladenen Atmosphäre ging es schließlich um die Verteidigung des öffentlichen Rechts in der Landeshauptstadt, das so oft (s. Uferwege Griebnitzsee und Groß Glienicke) durch private Interessen beschnitten werden soll. Nach mehreren Überweisungsversuchen, nach Zwischen- und Ordnungsrufen, nach Unterbrechungen, persönlichen Erklärungen und Zurückweisungen kam es schließlich zur namentlichen Abstimmung, bei der die Mehrheit der Rathauskooperation das Festhalten am B-Plan verweigerte. „Ein unwürdiges Spiel“, nannte Hans-Jürgen Scharfenberg diese Machtdemonstration der Kooperation, ohne Verantwortung. Mit der Streichung werde kenntlich gemacht, dass der B-Plan bei künftigen weiteren Verhandlungen in Frage gestellt werden kann. „Sie demonstrieren damit, dass die Kooperation nicht für das Wohl dieser Stadt steht.“

Die Spitze des Konfusion: Durch die beschlossene Streichung des ersten Satzes war zunächst ein Beschluss verabschiedet worden, der eine öffentliche Zugänglichkeit (von was auch immer, d.A.) forderte.

(Nachzuerleben ist die Debatte übrigens im Mitschnitt ab Teil 3, 29. Minute unter www.potsdam.de/content/demand-11-sitzung-der-stadtverordnetenversammlung-am-3-juni-2015.)

RATHAUSREPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion DIE LINKE Potsdam

Vi.S.d.P. Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

Da der Rathausreport sehr gefragt ist, geben Sie ihn bitte weiter, wenn Sie ihn gelesen haben.

Bei Fragen wenden Sie sich bitte unter der angegebenen Adresse oder per E-Mail an uns:

DIE LINKE-Fraktion, Friedrich-Ebert-Straße 79/81, 14469 Potsdam

E-Mail: DIELINKE-Stadtfraktion@Rathaus.Potsdam.de

Telefon: 0331/289 30 51, Fax: 331/289 31 19

Druck: DRK-Behindertenwerkstätten gGmbH Potsdam